

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2,00 Mark, vierteljährlich
6,00 Mark, durch die Post 6,20 Mark
einschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Kioskschaltern entnommen.
Im amtlichen Zeitungswesen
sind unter Zeitschriften eingetragene.
Für unentgeltlich eingegangene
Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, Zeitschriften
geboten, fern der Schriftleitung Nr.
1140, der Postzeitung Nr. 1142
u. 1418, der Zeitschriften-Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

würden 4, Kopsatz, 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unfernen Anzeigensachen u. allen Anzeigensachen angenommen. Bestellen die 22 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen: Anzeigenschein 20 Pf. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, sowie Zusätze, müssen schriftlich erfolgen. Erschließungsort: Halle. Expedientzeitung 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsstelle: Haupt-Postamt, Halle, Neue Promenade 19, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 364.

Halle, Mittwoch, den 6. August.

1919.

Ungarisch-rumänische Personalunion?

Die gegenrevolutionäre Regierung in Ungarn hat König Ferdinand von Rumänien die ungarische Krone angeboten. — Vernichtende Waffenstillstandsbedingungen der Entente für Ungarn.

Ein Schwanz der ungarischen Gegenrevolution.

Wien, 6. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die gegenrevolutionäre ungarische Regierung hat die Krone von Ungarn in einem Manifest dem König Ferdinand von Rumänien angeboten. Sie begründet diese Tatsache damit, daß die Pariser Friedenskonferenz einen großen Teil Ungarns mit mehreren Millionen ungarischen Einwohnern Rumänien zuerkannt hat. Es sei wohl möglich, das Ungarn in diesem Gebiet zu retten, wenn das eigentliche Ungarn mit dem Königreich Rumänien in eine Personalunion eintrete. König Ferdinand von Rumänien soll in den nächsten Tagen feierlich in Budapest einziehen, wo er bereits vom Präsidenten der Czegediner Regierung empfangen werden soll.

Was Ungarn alles liefern soll!

Wien, 6. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der rumänische Höchstkommandierende in Budapest, Madarcs, hat der ungarischen Regierung Waffenstillstandsbedingungen bekannt gegeben, die geradezu vernichtend sind. Ungarn soll die Hälfte seines Eisenbahnmateriats, 200 Personen und 400 Kanonen, 30 Proz. seiner landwirtschaftlichen Maschinen, 30 Proz. seines Viehbestandes und die Hälfte seiner Schiffe ausliefern. Außerdem soll es 20 000 Waggons Weizen, 10 000 Waggons Mais und 15 000 Waggons Getreide und Holz liefern. Zur Übernahme dieser Bedingungen wird allerdings eine Frist bis zum 15. August gelassen, so daß die alliierten und assoziierten Mächte noch in der Lage sind, diese Bedingungen zu modifizieren.

Gegen Erzbergers Darstellung.

WTB. London, 6. August. Reuters. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage über die Erklärung Erzbergers in Weimar, betreffend ein Friedensangebot, das die Alliierten Deutschland im August 1917 gemacht haben sollten, sagte Erzberger: Die Erklärung Erzbergers in Weimar sei eine genaue Darstellung der Tatsache. Harnsworth schilderte die Vorgänge im einzelnen und sagte, es sei klar, daß die britische Regierung zu jener Zeit keine Angebote gemacht habe.

Deutschland soll 200 000 russische Gefangene heimjenden.

WTB. Amsterdam, 6. Aug. Dem „Algemeen Handelsblad“ zufolge melden die „Times“ aus Paris, daß die Frage der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, deren Zahl ungefähr auf 200 000 geschätzt wird, seit einiger Zeit den Obersten Rat beschäftigt. Obwohl ihre Rückkehr nach Russland die Arme der Bolschewisten vergrößern wird, hat der Oberste Rat beschlossen, Deutschland mitzutheilen, daß ihre Rückkehr in der Heimat nicht behindert werden darf.

Statthalter a. D. von Dallwitz f.

Berlin, 6. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der frühere kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen, Dr. v. Dallwitz, ist, wie aus Karlsruhe gedruckt wird, nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben, während er beim preussischen Oberpräsidenten a. D. v. Bülow auf Besuch weilte.

Die Räumungsarbeiten in der Nordsee.

WTB. Berlin, 5. August. Bei Abschluss des Waffenstillstandes war die für andere Schiffe und Fischer so wichtige deutsche Bucht der Nordsee durch Minen verminert (4250 englische und 10 198 deutsche, zusammen 58 487 Minen). Die Anfrummung verzögerte sich durch die Verhandlungen mit der Entente, die höchste Jahreszeit und die Zerlegung der Minenfelder; erst Anfang März konnten die Arbeiten, dann aber auch in großem Maßstabe, beginnen; etwa 300 große und kleine Fahrzeuge mit rund 17 000 Mann Besatzung wurden verwendet, allerdings durch mangelnde Anspannung an Kohlen und Heizöl behindert, so daß kürzlich schon 60 Fahrzeuge haben außer Dienst gestellt werden müssen. Daher ist auch die geplante gemeinsame Beteiligung privater Räumungsgesellschaften an den Arbeiten nicht mehr möglich. Dank der großen Arbeitswilligkeit der Besatzungen auf Grund der besten Besatzungsordnung ist in der Nordsee die innere deutsche Bucht von Minen gesäubert und zwei breite Großschiffahrtswege längs der holländischen Küste und von Belgien nach Nordwesten und Ostwärts

frei, ein dritter längs der holländischen Küste nach Norden führt vor der Freigabe; ferner sind der Große Belt, der Sund und weite Seegebiete in der mittleren Ostsee freigegeben.

Die Dauer der Arbeiten wird auf 2 Jahre berechnet; ihre Fortschritt hängen von der Regelung der Kohlenzufuhr ab. Somit muß auch weiter mit Unsicherheit bei der Fischerzeit gerechnet werden, da die Fischer, um unbedingte Fischgebiete anzuschauen, häufig die Grenzen freigegebener Gebiete überschreiten. Außerdem werden Grundbesitzer sehr auch in den freigegebenen Gebieten noch auf Grundminen, d. h. durch Fischerei verurteilt und aus anderen Gründen verurteilt. Die Möglichkeit, diese Gefahr zu beseitigen, ist sehr gering. Daß durch Treibminen, die noch lange schwimmen werden, ein Fahrzeug verurteilt worden wäre, ist noch nicht ungewissen; eine Reihe von Fahrzeugen ist zum Verschicken von Treibminen in der Nordsee tätig. Schwierig und gefährlich, wie die Minenräumarbeiten sind, werden sie noch lange die Haupttätigkeit der Reichsmarine bilden; da durch sie Lebensmittelfuhr und Fischfang erst möglich werden, verdienen die Minenräuber den Dank der Bevölkerung.

Verhandlungen über die Abstempelung der Banknoten

Berlin, 6. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen, die das Reichsfinanzministerium mit führenden Bankfachmännern eingeleitet hat, um eine Form zu finden, in der die Banknotenabstempelung vor sich gehen könnte, ohne daß dadurch dem Wirtschaftlichen des Staates während der Zeit des Ueberganges allzuviel Schaden zugefügt wird, nehmen einen ziemlich hohen Stand, da man im Reichsfinanzministerium der Ansicht ist, daß man mit der Banknotenabstempelung nun, da man sie beschlossen habe, nicht zögern dürfe, wenn die Wirkung, die man sich von ihr versprochen hat, nicht verloren gehen soll. Der Zeitpunkt der Banknotenabstempelung steht noch nicht fest. Die Abstempelung, da sie ein Vorläufer der Vermögensabgabe ist, wird noch in diesem Jahre erfolgen.

Die Verhandlungen über die deutschen Lieferungen.

WTB. Versailles, 5. August. Nach dem „Temps“ hielten heute Vormittag die alliierten und die deutschen Delegierten eine Sitzung ab, um über die Lieferung von Vieh zu verhandeln. Am Nachmittag wurde über den Wiederaufbau verhandelt und alle Fragen hinsichtlich des Baumaterials und des Baradenssystems durchgesprochen.

Das Weißbuch unvollständig!

General Ludendorff kritisiert im „Volks-An“ mit, daß die Mitten der Obersten Eisenleistung und deren Zuschriften in die Reichsleistung im Weißbuch teilweise nicht aufgenommen worden sind. Die Berechtigung habe z. B. die Aufgabe geringer französischer Leichter zu den Eisenleistungen in Betracht gezogen, die Wirkung der Eisenleistung in Osten oder als für sie nicht in Frage kommend besprochen.

Zusammenstöße in Triest.

WTB. Wien, 5. August. Nach Meldung des Vizebäuer Korrespondenz ist es gestern und heute in Triest zu Zusammenstößen zwischen slowenischen Sozialisten, serbischen und italienischen Karabinieri und Nationalisten andererseits gekommen. Es gab mehrere Tote und Verwundete. Die sozialistischen Vertrauensmänner wurden verhaftet.

Der Polyzistenstreik in England.

WTB. Amsterdam, 6. August. Dem „Telegraaf“ wird aus London berichtet, daß in dem Polizeiausschuß keine Veränderung eingetreten ist. Verschiedene Polizeien verhindern ausländische Schiffe und Eisenbahnen vor Süd-London durch die City nach Whitehall zu ziehen. Die Schiffe in der Mündung haben sich gegen die Dienstverweigerung ausgesprochen. In Staffordshire sind einige Schiffe unter Wasser.

Ausdehnung des britischen Eisenbahnerstreiks.

London, 6. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der Streik auf der Londoner Südwesstbahn hat auch auf die City und die Südbahnen Eisenbahn übergriffen. Das bedingt eine große Unbequemlichkeit für die Leute, die von den Vororten nach der City zu gelangen wünschen.

Streikbewegung in Schottland.

Amsterdam, 6. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der Nordbergarbeiterverband hat für den schottischen Bezirk Galloway den Generalstreik wegen der Nichtentlassung der Hochverurteilten proklamiert. Über 100 Arbeiter sind in der Streikbewegung.

Drei Jahre oder fünf Jahre.

Von Anton Erkelenz, Düsseldorf. Mitglied der Nationalversammlung.

D. P. K. Erfordert die demokratische Idee eine Tagungsdauer des Reichstages von drei oder fünf Jahren? Die Festlegung auf fünf Jahre in der Verfassung hat im Lande vielfach Bedenken erregt, auch in unserer Partei. Diese Bedenken haben ihren nächsten Grund in dem Bewußtsein des fernzeitigen konservativ-nationalliberalen Reichstages, der seine Dauer von drei auf fünf Jahre verlängert. Daher hat man die fünf Jahre für etwas unfruchtbar — undemokratisch.

Der alte Reichstag war grundsätzlich etwas ganz anderes, als es der zukünftige Reichstag sein wird. Das wird noch nicht überall recht erkannt. Der alte Reichstag stand einer festen, meist sogar einer starren Regierung gegenüber, der er auf die Finger sehen und bei Gelegenheit etwas aus den Zähnen reißen mußte. Die Festigkeit und Folgerichtigkeit des Staatskuriers hing nicht vom Reichstag ab. Seiner negativen, kritischen Tätigkeit kam eine öftere Neuwahl durchaus entgegen.

Heute ist die Lage umgekehrt. Neben dem Reichspräsidenten ist der Reichstag die einzige feste Einrichtung in der Reichspolitik. Fast alle Erfolge in der Politik sind u. a. wesentlich abhängig von der folgerichtigen Fortführung eines bestimmten politischen Kurses. Selbst eine schlechte Politik, die folgerichtig fortgeführt wird, ist besser als ein wechselndes Sammelfurium der besten politischen Absichten, die aus Mangel an Festigkeit nicht ausgetragen werden können. Gerade die Erfahrungen des wilhelminischen Zeitalters sprechen da lauter als alle Reden.

Wir wissen heute noch nicht, wie das parlamentarische System bei uns arbeiten wird, ob es sich der französischen Art mit starkem Wechsel in den Ministerien anlehnen oder dem englischen, das meist mit einem Ministerium für die ganze Parlamentsdauer auskommt. Vermutlich werden wir mit unserer schwachen politischen Lebenskraft und mehr dem englischen Verfahren näher. Auf jeden Fall ist es erforderlich, die Lebensdauer des Parlaments so zu bemessen, daß seine Wehrheit in der Lage ist, ihre Politik zur vollen Ausnutzung zu bringen. Große politische Aufgaben können aber nicht immer in drei Jahren gelöst werden. Jede neue Regierung und ihr Parlament brauchen Zeit, um zunächst die Maschine einzufahren, erst dann können sie arbeiten. Große Reformen werden fast stets längere Kämpfe erfordern, werden oft den Volkswutend nötig machen. Was in drei Jahren kaum möglich sein wird. Bringt die nächste Wahl eine andere Wehrheit, so war alle Arbeit vergeblich. Gibt man dem Reichstag eine nur dreijährige Lebensdauer, so wird seine Regierung es wagen können, eine große politische Arbeit in die Hand zu nehmen. Das Reich ließe sich in unvollendeten Anfängen stecken. Das wäre der Tod für die Demokratie, die sich als regierungsunfähig erwie. Außerdem in der auswärtigen Politik der nächsten Jahrzehnte müßte eine solche Politik der Ausläufe ohne Sprung verhängnisvoll sein.

Es ist doch eine rein formale Auffassung der äußerlichen demokratischen Formen, wollte man die Forderung stellen, daß alle gemählten Körperchaften möglichst kurzfristig neu zu wählen sind. Daraus sprich das Vertrauen in Fähigkeit und Ehrlichkeit der gemählten Führer. Als Ueberrest aus dem alten Obrigkeitsstaat mag diese Vertrauen verständlich sein, aber es darf nicht auslagelagend sein, wenn wir uns das Band der Zukunft bauen. Die Dauer eines Parlaments ist wesentlich eine Frage, wie das Parlament mit seinen Rechten und Pflichten die Staatsmaschine leistungsfähig erhalten kann. Das ist das Wesen der Demokratie, nicht aber findet man sie in den zwei, drei oder vier bis fünf Jahren der Lebenszeit des Parlaments. Und 10 Verfassungen der verschiedenen Staaten der Erde ergeben sich folgende Riffen: Zwei Parlamente werden alle zwei Jahre gewählt (Vereinigte Staaten, Mexiko); sechs leben drei Jahre (Australien, Brasilien, Chile, Dänemark, Norwegen, Schweiz); vier leben fünf Jahre auf (Belgien, Holland, Argentinien, Frankreich); drei Parlamente dauern fünf Jahre (Kanada, Italien, Spanien); während in England das Parlament sieben

